

Anhörung von Experten zu Rentenfragen

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages hatte für den 4. Mai 2009 zu einer öffentlichen Anhörung eingeladen, bei der Vertreter der Fraktionen des Deutschen Bundestages Gelegenheit hatten, Renten-Experten zu befragen. Gegenstand der Anhörung waren 17 Anträge der Partei DIE LINKE sowie je ein Antrag der FDP und der GRÜNEN, mit denen gerechtere Lösungen für ostdeutsche Rentner angestrebt werden.

Horst Parton und drei weitere Vertreter des ISOR-Vorstandes hatten Gelegenheit, diese Anhörung als Zuhörer zu verfolgen. Weit mehr als hundert Vertreter von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden waren als Zuhörer erschienen, so dass die Anhörung zusätzlich noch in einen benachbarten Sitzungssaal übertragen werden musste.

Die Anhörung der Sachverständigen des DGB, der Rentenversicherung, des Sozialverbandes Deutschland, des Sozialverbandes VdK Deutschland, der Volkssolidarität, des Deutschen Führungsgräftekverbandes und von vier Einzel-Gutachtern war auf 60 Minuten begrenzt. Die Fraktion DIE LINKE hatte genau acht Minuten Zeit, ihre Fragen an die Gutachter zu richten. Allerdings hatten die geladenen Sachverständigen zuvor ihre Positionen in schriftlichen Stellungnahmen dokumentiert.

Zwar entstand der Eindruck, dass die zur Debatte stehenden Rentenprobleme nur oberflächlich und unvollständig behandelt wurden und manche Fragesteller, besonders solche aus den Regierungsfraktionen, leeres Stroh droschen. Trotzdem bleibt es ein Novum, dass eine solche Anhörung zu Anträgen der Opposition überhaupt stattfand. Es blieb unbestritten, dass die Rentenüberleitung für Gruppen ehemaliger DDR-Bürger (z.B. Gesundheitswesen, Hochschullehrer und Ingenieure, Bergleute, Balletttänzer, Eisenbahner, geschiedene Frauen usw.) zu Problemen und Ungerechtigkeiten geführt hat. In der Stellungnahme des Sozialverbandes Deutschland ist z.B. zu lesen: »Viele betroffene Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern empfinden die nicht voll-

ständige Übernahme von Sonderregelungen des DDR-Rentenrechts als eine erhebliche Benachteiligung.« Im Unterschied zu manchen Bundestagsdebatten blieben Fragen und Antworten während der Anhörung sachlich und polemische Zuspitzungen wurden vermieden. Das ist zweifellos den anstehenden Wahlkämpfen dieses Jahres geschuldet, vielleicht aber auch Ausdruck eines langsam einsetzenden differenzierteren Nachdenkens.

Das von der Partei DIE LINKE erneut zur Diskussion gestellte Rentenstrafrecht spielte in der Anhörung keine und in den abgegebenen Stellungnahmen nur vereinzelt eine Rolle. Die Rentenversicherung Bund hebt hervor: »das geeinte Deutschland hat in hohem Maße Anwartschaften der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR übernommen, womit ein bemerkenswerter Beitrag zum sozialen Frieden erbracht wird« und betrachtet es in dieser Logik als rechtmäßig, »Versorgungszusagen, denen eine entsprechende Leistung nicht zugrunde lag und die politisch motiviert waren, die Anerkennung zu versagen.« Dagegen vertritt die Volkssolidarität den Standpunkt: »Staatsnähe oder die Zugehörigkeit zu bestimmten Einrichtungen der DDR für sich genommen können nicht als Kriterien dienen, die willkürliche Eingriffe in das Rentenrecht rechtfertigen.« Und der vom BRH benannte Gutachter Dr. Hans Peter Klotzsche (Dippoldiswalde) fordert: »die Wertneutralität des Rentenrechts wiederherzustellen, die dadurch verletzt wurde, dass für ausgewählte Beschäftigtengruppen das in der DDR erzielte Einkommen nicht bis zur Beitragsbemessungsgrenze bei der Rentenberechnung anerkannt wird.«

Im Anschluss an die Anhörung hatte die Fraktion DIE LINKE die als Zuhörer erschienenen Vertreter der Gewerkschaften, Vereine und Verbände zu einer Diskussionsrunde eingeladen, die von Dr. Martina Bunge geleitet wurde. Dieser Einladung waren etwa 80 Personen gefolgt.

Dr. Martina Bunge betonte, dass die Bundesregierung ausreichend Zeit hatte, eigene Lösungsvorschläge zu den offenen Rentenpro-

blemen zu unterbreiten und auch nicht daran gehindert ist, die verbleibenden sechs Sitzungswochen des Bundestages vor den Wahlen im September 2009 hierfür zu nutzen. Die Renten- anträge der Partei DIE LINKE wurden bereits Ende 2007 nach längerer Vorbereitung, an der auch ISOR beteiligt war, der Öffentlichkeit vorgestellt. (ISOR aktuell hatte in der Ausgabe 12/07 darüber informiert) Sie sollen in nächster Zeit dem Bundestag zur namentlichen Abstimmung vorgelegt werden. Dabei sind Mehrheiten im Bundestag nicht zu erwarten. Die konkret belegbare Haltung der Abgeordneten zu den einzelnen Anträgen (Das Internet ist dabei als Informationsquelle zu empfehlen) eröffnet die Möglichkeit, diese bei Wahlkampfveranstaltungen zu ihren Positionen konkret zu befragen und auf diese Weise verhärtete Standpunkte aufzuweichen. Davon sollten die Vertreter der Gewerkschaften, Verbände und Vereine regen Gebrauch machen. Überhaupt sei es erforderlich, die Aktivitäten der Partei DIE LINKE im Bundestag durch außerparlamentarischen Druck zu unterstützen.

Die Diskussionsteilnehmer aus unterschiedlichsten Interessengruppen brachten immer wieder zum Ausdruck, dass sie über viele Jahre hinweg und auch in der Gegenwart ihre Rentenprobleme durch die Partei DIE LINKE verlässlich und konstruktiv vertreten sehen.

Anna-Maria Müller (Stellvertretende Vorsitzende des BRH) informierte über eine gemeinsame Initiative des BRH, des VdK und von Gewerkschaften sowie von hochrangigen Politikern für eine Angleichung der Rentenwerte Ost an West in einem überschaubaren Zeitraum bei Beibehaltung der Höherbewertung ostdeutscher Einkommen.

Klaus Ernst, Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, hob hervor, dass die Suche nach Lösungen für die Rentenprobleme ehemaliger DDR-Bürger Anliegen seiner gesamten Fraktion sei und zum Wahlkampfthema gemacht werde. Gleiche Lebensleistungen in Ost und West müssten einheitlich bewertet werden. In einer West-Ost-Debatte sei es nötig, über die tatsächlichen Probleme aufzuklären und das Verständnis der Westdeutschen zu erhöhen. Sein Fraktionskollege Frank Spieth unterstützte ihn darin und stellte die Frage, zu welchen Reaktionen es wohl geführt hätte, wenn bei einer Vereinigung unter umgekehrten Vorzeichen die Pensionen der westdeutschen Beamten in die allgemeine Rentenversicherung eingegliedert worden wären.

Während der gesamten Diskussion im Fraktionssaal der Partei DIE LINKE konnten die Teilnehmer das folgende Zitat von Klara Zetkin wahrnehmen: »Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!«

(Eigenbericht)

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Die Sitzung des Vorstandes im Monat April 2009 wurde gemeinsam mit Vertretern des Vorstandes der TIG Cottbus in Cottbus durchgeführt.

Der TIG-Vorsitzende Joachim Masula gab einen Bericht über die geleistete Arbeit. Besonderes Interesse des Vorstandes fanden die kontinuierlichen Anstrengungen der TIG Cottbus bei der Mitgliedergewinnung, im letzten Jahr allein 26 neue Mitglieder. Bemerkenswert ist auch, dass 31 Prozent der Mitglieder der TIG Cottbus nicht mehr vom Rentenstrafrecht betroffen sind und trotzdem in fester Solidarität an der Seite der verbliebenen Strafrentner stehen.

Nachahmenswert ist eine Initiative der TIG Cottbus, die insgesamt fünf Politiker aus den Reihen der SPD und der Partei DIE LINKE zu einer Mitgliederversammlung eingeladen hat, um deren Positionen zu aktuellen Rentenproblemen zu erfragen.

Eine schon traditionelle Zwei-Tages-Fahrt, die in diesem Jahr zur Bundesgartenschau in Schwerin führen wird, dient der Festigung des Zusammenhaltes der TIG ebenso wie die individuelle Betreuung der ältesten Mitglieder der TIG durch die Gruppenbetreuer.

Der Schatzmeister Hans-Peter Speck nutzte die Zusammenkunft, um die vorbildliche Arbeit der TIG im finanziellen Sektor zu würdigen.



Wolfgang Schmidt erläuterte den im Ergebnis der eingegangenen Meinungsäußerungen aus Vorstand, Beirat und von TIG überarbeiteten Text der Sammelpetition. Dieser soll in der Vorstandssitzung im Mai 2009 endgültig beschlossen werden. Es ist vorgesehen, die Petition Anfang Juni 2009 mit einer Zeichnungsfrist bis zum 15.10.2009 zu starten. Nach dem Start der Petition sollen das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) sowie weitere befriedete Verbände und Vereine um Unterstützung ersucht und Anzeigen geschaltet werden.



NATO weiter auf Konfrontationskurs gegen Russland

Von Prof. Dr. Georg Grasnick*

In seinem aufschlussreichen Artikel »60 Jahre NATO sind genug...« (**ISOR aktuell** 04/2009) hat Manfred Volland unter anderem darauf hingewiesen, dass das »wiedererstarkte Russland mit seinen gewaltigen Ressourcen, besonders Erdöl und Erdgas, die Hauptrichtung der NATO« ist. Tatsächlich wird die gegen die Sowjetunion gerichtete Einkreisungspolitik nach der Rückwende unter grundlegend veränderten geopolitischen Bedingungen gegen Russland verstärkt fortgesetzt.

Anfang der 1990er Jahre hatte Bush sen. als Ziel des US-Imperialismus die Errichtung einer »Neuen Weltordnung« verkündet, was das Entstehen neuer potentieller Rivalen wie Russland und China ausschließe. In den »Richtlinien zur Verteidigungsplanung« (Defense Planning Guidance) hatte die US-Administration festlegen lassen, »jede feindliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen und deren Ressourcen unter ihre Kontrolle« zu bringen.

Der NATO-Gipfel beschloss in Rom 1991 ein »Neues Strategisches Konzept«, wonach Eurasien, und damit Fragen der Energiesicherung und der Märktebeherrschung, ins Zentrum der Planungen gerückt wurden. Ende der 90er Jahre erläuterte übrigens Z. Brzezinski, früher Berater von US-Präsident Carter, heute Berater Obamas, worum es dem US-Imperialismus ging: »Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Welt gebieten... Nahezu 75 Prozent der Weltbevölkerung leben in Eurasien, und in seinem Boden wie auch Unternehmen steckt der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt. Eur-

sien stellt 60 Prozent des globalen Bruttonsozialprodukts und ungefähr drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen.«

Die NATO-Osterweiterung war zur Schlüsselfrage bei der Vereinnahmung dieses Potenzials geworden.

Entgegen den Versprechungen von Bush sen., des damaligen US-Außenministers Baker und des damaligen NATO-Generalsekretärs Wörner, die NATO weder auf das Territorium der DDR noch auf das osteuropäischer Länder auszudehnen, war faktisch schon 1990 mit dem Anschluss der DDR an die BRD die NATO-Osterweiterung begonnen worden.

Mit der Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik wurde die Entwicklung und Herausbildung einer kontinentalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, die allgemeinverbindliche nichtmilitärische, also zivile sicherheitsbildende Strukturen voraussetzte, blockiert und sabotiert. Die Spaltung Europas wurde vertieft, seine Sicherheit destabilisiert.

Der frühere US-Botschafter in Moskau, Kennan, bezeichnete seinerzeit die eingeleitete Osterweiterung der NATO als den Beginn eines neuen Kalten Krieges.

Inzwischen ist mit der Eingliederung der baltischen Staaten und einer Reihe von Staaten des Balkans die NATO mit ihren vordersten Kräften bis an die Grenzen Russlands vorgerückt.

Der Druck auf die Ukraine zur Einbeziehung in die NATO-Phalanx hält an. Der US-Hasardeur in Georgien, Saakaschwili, provozierte einen Stellvertreter-Krieg gegen Russland und beschwore damit eine brandgefährliche internationale Konfliktsituation herauf.

Die NATO betrieb nicht nur an der Westgrenze Russlands eine Militarisierung der osteuropäischen, ehemals sozialistischen Länder, sie rückt auch im Süden mit Hilfe so genannter »NATO-Partnerschaften für den Frieden« vor. Die Teilnahme an der »Partnerschaft« gilt als Vorstufe für die spätere Mitgliedschaft. Die Armeen dieser Länder werden auf NATO-Standard gebracht. Einige von ihnen »bewahren« sich bereits als »Willige« in NATO-Militäraktionen!

NATO-Generalsekretär Hoop Scheffer zeigte sich »optimistisch«, die NATO auf »weitere Gebiete ausdehnen (zu) können... Gebiete wie den Kaukasus und Zentralasien.«

Heute können von vorgeschobenen Basen in baltischen Staaten in wenigen Minuten strategische Punkte in Russland erreicht werden.

Auf der Berliner Konferenz des Europäischen Friedensforums »Nein zur NATO – Nein zum Krieg«, über die Manfred Volland in **ISOR aktuell** 04/09 berichtete, führte Hans-Werner Deim u.a. aus: »Die NATO ist bei Vorhandensein ausreichender operativer Flugplätze und nach Kräfteamövern nun in der Lage, jedes Zielobjekt auf dem Territorium der Russischen Föderation mit konventionellen Mitteln zu bekämpfen. Diese Fähigkeiten besaßen bisher nur die strategischen Kernwaffenkräfte der USA.«

Im Konfrontationskurs gegen Russland besteht das langfristig angelegte Kalkül maßgeblicher Kräfte der USA darin, Russland in seinem staatlichen Bestand überhaupt zu überwinden.

Vor einem Jahrzehnt urteilte Generaloberst Leonid Iwaschow, die Osterweiterung der NATO sei ein »frontaler Angriff auf die geopolitischen Positionen Russlands«. Und der Vorsitzende der KP Russlands; Gennadi Sjukanow erklärte damals: »In Washington träumen offensichtlich Leute davon, Russland in einige Dutzend Zwerghaufen zu zerlegen, die zu Rohstofflieferanten des Westens degradiert werden.«

>>> Fortsetzung auf Seite 3

>>> Fortsetzung von Seite 2

In der Tat offenbarten sich solche »Träumer« in diesem Sinne.

So beispielsweise US-Präsident Clinton in einer geheimen Rede vor den Chefs der US-Streitkräfte am 24. Oktober 1995: »Im nächsten Jahrzehnt sind folgende Probleme zu lösen: Aufspaltung Russlands in Kleinstaaten vermittels zwischenregionaler Kriege, ähnlich jenen, die wir in Jugoslawien organisiert haben... Errichtung solcher Regime in den von Russland abgefallenen Republiken, die wir brauchen.« Brzezinski kam zwei Jahre später zu der Auffassung, dass Russland in mehrere Teile gespalten werden müsste: »einem lockerer konföderierten Russland, einer sibirischen Republik und einer fernöstlichen Republik.«

Sind diese »Träume« ausgeträumt, nachdem Barack Obama zum neuen Präsidenten der USA gewählt wurde? Nachdem er in der Weltöffentlichkeit vielfach als Hoffnungsträger einer neuen, »besseren« Zeit empfunden wurde und wird?

Betrachten wir nüchtern einige Fakten.

Der neue Kriegsminister Gates in der Obama-Administration ist der alte.

Hillary Clinton als Außenministerin knüpft an den Kurs an, den ihr Mann als Präsident gefahren ist.

Sicherheitsberater ist James Jones, als General der Marines vom Kosovo über den Irak bis Afghanistan immer im Einsatz.

Die NATO-Osterweiterung soll – so Obama – fortgesetzt werden. NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer bezeichnet sie als »Hauptstrategien für die Konsolidierung Europas!«

Obama will erklärtermaßen eine Stärkung der NATO durch ein größeres Engagement der europäischen Mitglieder erreichen.

Die US-Verbände in Afghanistan werden um 17.000 Mann verstärkt. Der Krieg wird auf Pakistan durch Militärschlüsse mit unbemannten Flugzeugen ausgedehnt.

Folterknechte der US-Army gehen nach einer Entscheidung des US-Präsidenten straffrei aus.

Obama beantragte weitere 83,4 Milliarden Dollar für Militäreinsätze in Afghanistan und Irak.

Die US-Pläne zur Errichtung eines Raketenwalls in Mitteleuropa werden nicht relativiert, sondern intensiviert, wie in Moskau festgestellt wurde.

Die NATO führt im Mai in Georgien ein Militärmanöver – zunächst eine Stabsübung und anschließend eine Feldübung mit 1.300 Soldaten aus 19 Staaten - durch.

In dem 2010 vom Pentagon vorzulegenden Bericht zur US-Nuklearstrategie für die nächsten fünf bis zehn Jahre soll der Einsatz von Atombomben weiterhin Option bleiben und deshalb die »Beibehaltung eines sicheren Ab-

schreckungspotenzials« gewährleistet werden.

Die Fakten sprechen nicht für eine auf Frieden und Sicherheit orientierte Politik.

Die menschenverachtende Politik der NATO wird fortgesetzt. Kein Wunder – denn im Lande der Führungsmacht hat der Militär-Industrie-Komplex mit der Wahl eines neuen Präsidenten nicht abgedankt und die großen Monopole verlangen gebieterisch, dass ihre Administration in Washington die Hegemonieinteressen des US-Imperialismus in der Welt wahrt.

***Der Autor ist Mitglied der deutschen Sektion des Europäischen Friedensforums (epf)**

Buchtipp

Christian Schneider

Kroaten, Serben, Bosnier

Eine Reisebeschreibung

GNN-Verlag Schkeuditz 2001

ISBN 3-89819-091-9

Preis: 15 EURO; Bezug über Buchhandel

Anknüpfend an die Konferenz des Europäischen Friedensforums am 14./15. März 2009 zum Thema »Für eine europäische Friedensordnung – Nein zur NATO – Nein zum Krieg«. Im 10. Jahr des NATO-Überfalls auf Jugoslawien – ein Reisebericht der besonderen Art von erschütternder Aktivität, dem im »offiziellen Literaturbetrieb« kaum eine Chance geboten worden ist.

tenrechts konfrontiert und ihre Positionen dazu eingefordert werden.

Horst Dobbrick

★

Zur Mitgliederversammlung der TIG **Neustrelitz** im April war Torsten Koplin, der Kandidat der Partei DIE LINKE unseres Wahlkreises für die Bundestagswahl der Einladung des Vorstandes gefolgt und wurde von den anwesenden Mitgliedern herzlich begrüßt. An dieser Versammlung nahm ebenfalls das Mitglied des Beirates von ISOR Karl-Wilhelm Wolff teil.

Torsten Koplin nahm in seinen Ausführungen zu den Ursachen und Auswirkungen der sich global entwickelten Krise Stellung und verwies dabei besonders auf die Kriegsbeteiligung der BRD und die wachsende Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist doppelt so hoch wie in den alten. Daneben ist eine große Anzahl von Arbeitnehmern auf Sozialleistungen angewiesen. Einschließlich derjenigen, die Hartz IV – Leistungen erhalten, beträgt die Anzahl der auf Sozialleistungen Angewiesenen 6 Millionen.

Torsten Koplin stellte zwei Probleme in den Mittelpunkt seines Wirkens im Wahlkampf der Partei DIE LINKE



Aus unseren TIG

Zu ihrer ersten Mitgliederversammlung im März dieses Jahres konnten die Vereinsfreunde der TIG **Prenzlau** Horst Müller, einen Mitautor des Buches »Die Industriespionage der DDR« begrüßen. Der Gast, der mit dem bei edition ost erschienenen Band bekannt machte, äußerte die Hoffnung, dass das Buch als ein Kapitel des »Kalten Krieges« von Zeitzeugen geschrieben, zur Verbreitung der objektiven historischen Wahrheit über die DDR beitragen möge.

Aufmerksam wurden auch die Auskünfte einer Versicherungsfachfrau zur Kenntnis genommen, die sozusagen aus erster Hand Tipps übermittelte, welche Versicherungen Senioren unbedingt benötigen.

Während einer anschließenden Zusammenkunft der TIG-Vorsitzenden aus **Angermünde, Eggesin, Pasewalk, Prenzlau, Schwedt und Templin** wurde vereinbart, am 28. Mai in Prenzlau eine gemeinsame Mitgliederversammlung durchzuführen. Als Guest wird der stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Horst Bischoff erwartet.

Benno Butschalowski

★
Den Tenor der Frühjahrsversammlung der TIG **Schwerin** bildete der Komplex »Deutsches Rentenrecht - politische und juristische Aspekte der Rentengestaltung Ost-West«.

In treffender Kombination von bildlicher Darstellung und mündlicher Erläuterung vermittelte das Vereinsmitglied Manfred Jonischkies anschaulich und interessant Sachverhalte und Folgerungen aus objektiven und politisch gesteuerten Fehlentwicklungen in der bundesdeutschen Sozial- und Rentenpolitik, bis zu Strafrenten. Als Grundlagen des Vortrages dienten u.a. Inhalte des Rentengipfels in Rostock und Internet-Informationen der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Die Linke) Dr. Martina Bunge und Klaus Ernst.

Insbesondere die Prognosen auf künftige Sozialleistungs- und Rentenentwicklungen erfordern umfassende politische Gespräche. Im Zusammenhang mit den in diesem Jahr anstehenden Wahlen sollten Parteien und ihre Kandidaten mit Problemen des Sozial- und Ren-

>>> Fortsetzung auf Seite 4

>>> Fortsetzung von Seite 3

1. Guter Lohn für gute Arbeit muss der Grundsatz für die Sicherung des Existenzminimums und für die Entlohnung der Arbeitnehmer sein sowie zur Abschaffung der Ungleichbehandlung bei der Lohngestaltung in Ost und West beitragen.

2. Die Rentenungerechtigkeit muss beseitigt werden, um nach fast 20 Jahren Einheit das Zusammenwachsen von Ost und West wirklich herbeizuführen.

Er warnte, dass bei Beibehaltung der jetzigen Rentengesetzgebung eine Altersarmut programmiert ist und die Durchschnittsrente nach seriösen Schätzungen in den Jahren zwischen 2015 und 2020 nur noch 720 Euro betragen wird. Das Rentenalter ab 67 sei weiter nichts als eine verdeckte Kürzung der Renten.

Weiterhin verwies er darauf, dass sich die Partei DIE LINKE für die Abschaffung des Rentenstrafrechts einsetzt.

Es ist notwendig, die wichtigsten Bereiche zur Sicherung der Lebensbedürfnisse der Menschen, wie Gesundheitswesen, Wasser und Abwasser und die Versorgung mit Elektrizität zu vergesellschaften. In diesen Bereichen der Bedürfnisse des täglichen Lebens dürfen keine profitablen Geschäfte gemacht werden.

In seinen Ausführungen und der anschließenden Diskussion wurde auf die zurzeit verstärkte Kampagne gegen die DDR und insbesondere auf die Diskriminierung der DDR als »Unrechtsstaat« eingegangen.

In der lebhaften und offenen Diskussion wurde kritisch zu Positionen von einigen Verantwortungsträgern der Partei hinsichtlich der Bewertung der DDR Stellung genommen, aber auch eindeutig die Unterstützung der Partei DIE LINKE insgesamt bekundet.

Des Weiteren wurde betont, dass die Strafrente ein Teil des sozialen Unrechts ist und unser Kampf gegen die noch bestehenden politisch motivierten Rentenkürzungen eng mit dem Kampf gegen den sich weiter verschärfenden Sozialabbau verbunden ist. Auf der Grundlage von aktuellen Erfahrungsberichten wurde auf den engen Schulterschluss mit gleich gesintneten Kräften und Vereinen sowie auf die Notwendigkeit verstärkter persönlicher Aktivitäten verwiesen. Hinweise zu geplanten territorialen Aktionen und Veranstaltungen wurden aufgezeigt.

Insgesamt war die Mitgliederversammlung ein gelungener Auftakt für die Arbeit in unserer TIG in den kommenden Monaten.

Gerd Lange / Wolfgang Schiller



Über 150 Mitglieder und Gäste waren der Einladung des Vorstandes der TIG Leipzig gefolgt und berieten in einer Mitgliederversammlung Anfang April 2009 über Stand und Aufgaben der gegenwärtigen Etappe unseres Kampfes

und unsere Mitwirkung im Wahljahr 2009 für mehr soziale Gerechtigkeit und Überwindung der Rentenungerechtigkeiten.

In einleitenden Worten erinnerte der Vorsitzende der TIG, Peter Kurze, an die Aktivitäten im zurückliegenden Jahr. Als Bsp. seien angeführt die Übergabe hunderter Unterlagen an das Rechtsanwaltsbüro zur Unterstützung der Klageführung gegen § 7 AAÜG, die aktive Mitwirkung bei der Unterschriftenaktion »Sozialticket für Sachsen« und die ordnungsgemäße Bereitstellung der Beiträge und Spenden.

Den Dank für den engagierten Einsatz der Mitglieder und Funktionäre, für die erhaltene Solidarität verband er mit der Orientierung, dass auch künftig das Engagement des Einzelnen und gemeinsames Handeln entscheidend für den Erfolg sind.

Kompetente Gastredner unserer Versammlung waren Dr. Dietmar Pellmann, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und im Stadtrat von Leipzig, und Horst Eismann, Vorstandsmitglied von ISOR und Landesbeauftragter für Sachsen. Überzeugend argumentierte Dr. Pellmann zu Ursachen der wachsenden Altersarmut in Sachsen, setzte sich mit Mängeln des gegenwärtigen Rentenrechtes auseinander und erläuterte kurz- und längerfristige Reformvorschläge zur Rentenversicherung. In Auseinandersetzung mit den Behauptungen fehlenden Geldes betonte er das Anliegen der Linken, Verteilungsgerechtigkeiten zu überwinden und keine unrealen Forderungen zu stellen.

Horst Eismann erinnerte an den langwierigen und schwierigen Weg, angefangen von der Missachtung der Wertneutralität des Rentenrechtes im Einigungsvertrag bis zum Vorliegen des sozialwissenschaftlichen Gutachtens. Er informierte, ausgehend von der Verhandlung vor dem Sozialgericht Berlin im Dez. 2008, über den aktuellen Stand der juristischen Auseinandersetzung und die weiteren Aufgaben sowie über die geplante Sammelpetition an den Petitionsausschuss des neuen Bundestages.

Die Mitgliederversammlung verabschiedete eine Willensbekundung als Orientierung für die weitere Arbeit mit folgendem Wortlaut:

1. Wir bekräftigen die Bereitschaft und Entschlossenheit, unseren Kampf zur Beseitigung der diskriminierenden §§ 6, Abs.2 und 7 AAÜG weiterzuführen und mit einer Vielzahl von Unterschriften auf der bevorstehenden Sammelpetition zu unterstützen.

2. Wir unterstützen die Aktivitäten der Parteien, Organisationen, Verbände und Vereine, die sich für die Herstellung von Gleichheit und Wertneutralität im Rentenrecht, für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, für Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen mit lebenssichernder Bezahlung, für Demokratie und solidarisches Miteinander in unserer Gesellschaft sowie für eine aktive Friedens- und Abrüstungspolitik einsetzen.

3. Wir erwarten, dass 20 Jahre nach dem Ende der DDR Schluss gemacht wird mit einseitiger und gefälschter Geschichtsbetrachtung, mit Hetze, Verleumdung und Entstellung der DDR, mit Missachtung der Lebensleistungen und grundgesetzwidriger Diskriminierung von DDR-Bürgern.

4. Wir sind bereit, in solidarischer Verbundenheit mit anderen Verbänden und Vereinen, der Partei »Die Linke« und weiteren progressiven Kräften unseren Beitrag zur Verwirklichung vorgenannter Aufgaben zu leisten. Abgeordnete und Kandidaten für die kommenden Wahlen werden wir an diesen Kriterien messen und unser Wahlverhalten daran ausrichten.

Die gebotene Möglichkeit – Solidarität mit Kuba – wurde von den Anwesenden genutzt. 250 Euro konnten für die Sanierung des Leipziger »Cuba si«-Projektes, Kindergarten in Matanzas, gesammelt und bei einer Veranstaltung zum Thema – »Kuba im 50. Jahr seiner Revolution« – in Anwesenheit des kubanischen Botschafters übergeben werden.
Siegfried Lorenz

Bei anderen gelesen:**Aus der Presseinformation der Volkssolidarität e.V. – Nr. 21/2009 vom 27.04.09:**

»Rentenkürzungen als Folge der Krise müssen verhindert werden«, erklärte der Präsident des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität Prof. Gunnar Winkler am Montag zu Medienberichten über angebliche Rentenkürzungen für 2010 und 2011. »Wir fordern von der Bundesregierung Vorsorge-Maßnahmen, damit es nicht zu direkten Rentenkürzungen kommt. Ein solcher Vorgang wäre beispiellos seit Einführung der dynamischen Rente 1957 und gefährlich für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.« Die Volkssolidarität erwarte, dass die Bundesregierung den Rentnerinnen und Rentnern einen »Schutzhelm« gegen die Krisenfolgen zusichere und zumindest Rentenkürzungen ausschließe. »Die Rentner dürfen nicht weiter verunsichert werden«, sagte Winkler.

»Es kann nicht sein, dass von uns begrüßte Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen, wie die Ausweitung von Kurzarbeit, in der Endkonsequenz zu Lasten der Rentnerinnen und Rentner gehen sollen. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die auf die Sicherung von Arbeitsplätzen und gegen einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit gerichtet sind.

Aber Rentnerinnen und Rentner dürfen nicht für den Verzicht der vergangenen Jahre und die Solidarität in der Krise durch Rentenkürzungen bestraft werden.«

Winkler forderte, die Darstellung in den Medien nicht einfach als Spekulationen abzutun.

>>> Fortsetzung auf Seite 5

>>> Fortsetzung von Seite 4

Die im Sozialgesetzbuch VI enthaltene Schutzklausel des § 68 a schließe lediglich Rentenkürzungen durch den »Riester«- und den Nachhaltigkeitsfaktor aus. Bei einem Rückgang der Lohnsumme, wie er jetzt prognostiziert werde, wäre auch ein Absinken des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten denkbar. Dann gäbe es keine Haltelinie mehr, um reale Rentenkürzungen auszuschließen. Der Präsident der Volkssolidarität erinnerte daran, dass die Renten seit 2004 einen Wertverlust von 8,5 Prozent zu verzeichnen haben. »Die Rentenanpassung 2009 ist weit davon entfernt, diesen Wertverlust auszugleichen. Sie stellt ohnehin eine Ausnahme dar. Selbst ohne Wirtschaftskrise würden die Renten ab 2010 wieder stagnieren. Aber direkte Rentenkürzungen, wie sie jetzt in Aussicht stehen könnten, wollen und werden wir nicht akzeptieren. Sie würden die Schmerzgrenze für viele Ältere übersteigen.«

★

Aus »Aktiv im Ruhestand« April 2009:
 (Ba) Der BRH-Bundesvorsitzende Herbert Bartsch hat die im Bundestag vertretenen Parteien und die Fraktionen in den Landtagen der östlichen Bundesländer aufgefordert, sich zu äußern, wie sie zur Angleichung der Rentenwerte stehen. Ausgenommen von der Aktion, über die in dieser Zeitschrift berichtet werden wird, sind die Linke, deren Haltung bekannt ist, sowie Fraktionen der äußersten Rechten.

Auch 20 Jahre nach der Vereinigung liegt der Rentenwert Ost rund 13 Prozent niedriger als der allgemeine Rentenwert, heißt es in dem BRH-Schreiben. Dabei sei unbestritten, dass dieser Zustand mit dem geltenden Recht nicht in Einklang stehe und geändert werden müsse. Gleichwohl zeichne sich eine Angleichung bisher nicht einmal ansatzweise ab. Vorschläge, den älteren Menschen in den östlichen Bundesländern wenigstens eine Perspektive aufzuzeigen, indem ein Plan für eine schrittweise Angleichung vorgelegt werde, seien bisher ungehört verhallt.

Das führe zu zunehmender Verbitterung unter den älteren Mitmenschen im Osten, bei denen sich das Gefühl ausbreite, Bürger minderen Rechts zu sein. Sie wollten wissen, wie die politischen Kräfte zu ihrer Forderung auf Gleichbehandlung stehen. Die Antwort werde ihre Entscheidung bei den im Laufe dieses Jahres anstehenden Wahlen beeinflussen heißen es in dem Brief des BRH...

★

Wahlprüfsteine der GBM zu den Wahlen 2009 sind unter www.isor-sozialverein.de im Abschnitt »Bei anderen gelesen« abrufbar.

Von Mitglied zu Mitglied:

Ferienbungalow in Sebnitz-Hertigswalde
 Telefon/Fax: 035200 – 20084
 E-Mail: herbst.groszharthau@freenet.de
 In unm. Nähe der Sächsischen Schweiz für 2 Pers.; Wohnzi. mit Miniküche, Schlafzi., DU/WC mit Fußbodenhzg., Sonnenterrasse; in ruhiger Gegend am Waldrand.

★

Komfort-FEWO/-Zi, 4 Sterne, Prosp. anf. Schleusingen/Thür./Nähe Rennsteig
 Tel.: 036841 47598 o. www.ratschererhoehe.de

Auf dem Büchermarkt:

Winfried Voigt – Der Falschspieler
 DDR-Bürger müssen sich nicht schämen
 NORA Verlagsgemeinschaft Dyk & Westerheide, Torstr. 145, 10119 Berlin, ISBN 978-3-86557-169-4
 Bestellungen direkt beim Verlag
 Preis: 18 EURO

Eine polemische Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte und den offiziellen, wegen ihrer Primitivität oft schon peinlichen Bemühungen, auftragsgemäß täglich neu die DDR zu Tode zu delegitimieren. Es liegt eine selbstbewusste Wortmeldung eines DDR-Bürgers in der gegenwärtigen Wertediskussion vor, die sich dem ideologischen Mainstream entgegenstellt.

Fehlerberichtigung

In Ausgabe 4/09 wurde bedauerlicherweise die Telefonnummer für die Bestellung der 2. Auflage von »Offiziershochschule der Landstreitkräfte Ernst Thälmann« fehlerhaft angegeben. Sie lautet richtig: 03585-400853

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 29.04.2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.05.2009

Einstellung im Internet: 05.06.2009

Auslieferung: 11.06.2009

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr